



Ausgabe 9/2011

3. Juni 2011

LV Bahr samt DGB-Spitze zu Gesprächen bei Finanzminister Fahrenschon

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Nullrunde – nein Danke!

Offenbar hat die Staatsregierung aus der massiven Verärgerung der BeamtInnen über die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden nur wenig gelernt. Die Sparbeschlüsse im Doppelhaushalt und hier vor allem die Nullrunde haben den BeamtInnen erneut gezeigt, dass bei ihnen am einfachsten gespart werden kann, da ihre

ten zu Recht, dass im Nachtragshaushalt wenigstens die Nullrunde zurückgenommen wird.

Die Erhöhung der Diäten der Landtagsabgeordneten um 3,5 Prozent hat den Unmut noch verschärft. Sie wurde damit begründet, dass die Arbeit eines Politikers – wie jede andere Arbeit auch – an-

ches des DGB-Vorsitzenden Matthias Jena sowie der Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften mit Finanzminister Georg Fahrenschon Gast im Bayerischen Finanzministerium. Landesvorsitzender Bahr machte in dem Gespräch noch einmal die tiefe Verbitterung der Bayerischen Polizeibeamten deutlich und poch-

te darauf, bereits im Nachtragshaushalt 2011/2012 entsprechende Verbesserungen einzubauen.

Finanzminister Fahrenschon hielt sich in dem Gespräch jedoch größtenteils bedeckt und deutete lediglich an, dass in 2012 erste Verbesserungen beim Gehalt der BeamtInnen und bei der Eingangsbesoldung zu erwarten seien. Im Sinne eines für alle attraktiven Polizeidienstes in Bayern fordert Bahr den Bayerischen



v.l.: Caspari (GEW), Wallner (ver.di), Gattinger (IGBAU), Klemens (ver.di), Reif (ver.di), Staatsminister Fahrenschon, Jena (DGB), Voigt (DGB), Bahr (GdP)

Einkommens- und Arbeitsbedingungen per Gesetz geregelt werden. Die absolut positiven Ergebnisse der Steuerschätzung liegen nun seit kurzem auf dem Tisch und unsere Kolleginnen und Kollegen erwar-

gemessen bezahlt werden müsse. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, verlangen die Beamtinnen und Beamten! Der öffentliche Dienst wird auch bei der Nachwuchsgewinnung im Beamtenbereich immer stärker in Konkurrenz zur Wirtschaft stehen. Mit Nullrunden wird sich dieser Wettbewerb nicht gewinnen lassen.

Zu weiteren Diskussionen in dieser Sache war unser Landesvorsitzender Helmut Bahr anlässlich eines Spitzengesprä-

ches des DGB-Vorsitzenden Matthias Jena sowie der Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften mit Finanzminister Georg Fahrenschon auf, hier schnell für die Kolleginnen und Kollegen tätig zu werden.

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050





Pressekonferenz von Innenminister Herrmann zur Gewalt gegen Polizei GdP fordert besseren Schutz für verletzte Kollegen

„Die Pressekonferenz des Bayerischen Innenministeriums macht es einmal mehr deutlich: die Gewalt gegen die bayerischen Polizistinnen und Polizisten ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. Die Gewerkschaft der Polizei hat auf diese Fehlentwicklung bereits im Jahr 2002 erstmals hingewiesen. Seitdem gibt es jährlich mehr Fälle, in denen Polizeibeamte Opfer verbaler und tätlicher Gewalt werden. Jeder dritte Kollege musste in 2010 diese schlimme Erfahrung machen. Eine Bilanz, die wir im Namen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht hinnehmen können.

Landesvorsitzender Helmut Bahr fordert deshalb noch einmal klar die Unterstützung des Dienstherrn für seine Beamten ein. Die GdP Bayern hatte schon in 2010 in einer breit angelegten und öffentlichkeitswirksamen Aktion auf diese Missstände hingewiesen. „Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat erst im Jahr 2009 eine erste Untersuchung zur Gewalt gegen Polizei durchgeführt. Und im Jahr 2010 ist man als vermeintlicher Experte im Bereich Sicherheit aus der bundesweiten Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) ausgestiegen. Diese Problematik wurde von Seiten des Dienstherrn lange unterschätzt“, so Bahr. Das Umdenken des Innenministeriums und die heute angekündigten, ersten Maßnahmen begrüßt Landesvorsitzender Bahr daher ausdrücklich.

Umso wichtiger ist es nun, schnelle Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen zu erzielen. An vorderster Front steht für die GdP hier die Einführung eines eigenen Paragraphen im StGB, der einen tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamten unter Strafe stellt. Außerdem fordert die GdP eine konkrete Stärkung der Fürsorgepflicht des Freistaats Bayern gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten. Es kann nicht sein, dass im Dienst verletzte Kolleginnen und Kollegen ihren Forderungen gegenüber Dritten ewig hinterherlaufen müssen. Landesvorsitzender Bahr: „Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen angesichts der stetig wachsenden Aufgabenfelder immer mehr Dienst leisten und sehen sich täglich Anfeindungen aus Teilen der Gesellschaft

Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 1.6.2011 (Auszug):

„Innenminister Herrmann: „Gewalt gegen Polizeibeamte auf dem Vormarsch – Alkohol gilt dabei als Aggressionsverstärker“

Innenminister Joachim Herrmann stellte heute erstmals Zahlen für die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vor. 2010 wurden 1.638 Polizisten verletzt, 31 davon sogar schwer. „In den letzten zehn Jahren hat die Gewalt bundesweit und in Bayern stark zugenommen. Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen“, fordert Herrmann und appelliert auch an die Justiz: „Die Gerichte müssen diejenigen, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreifen, schnell und konsequent bestrafen.“

Bei den Gewalttätigkeiten wurden vorwiegend Körperverletzungsdelikte in 2.178 Fällen oder Widerstandshandlungen in 1.381 Fällen registriert. Werden dazu noch die Anwendung psychischer Gewalt, wie Beleidigung oder Bedrohung, hinzugezählt, wurde in Bayern fast jeder dritte Polizeibeamte in Ausübung des Dienstes Opfer von Gewalt. (...)

Herrmann plant, nun die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den Polizeipräsidien umfassend zu analysieren, um weitere geeignete Maßnahmen treffen zu können. Denkbar wären die Anpassung örtlicher Einsatzkonzeptionen, eine zielorientierte Qualifizierung von Führungskräften, die Optimierung der Aus- und Fortbildung sowie die weitere Verbesserung der Ausstattung. „Wir haben ja bereits Umfangreiches in die Wege geleitet. Aufgrund unserer bayerischen Initiative soll die Strafandrohung für Widerstandshandlungen von zwei auf drei Jahre erhöht werden. Die Körperschutzausstattung für die Landespolizei ist verbessert und das polizeiliche Einsatztraining optimiert worden“, stellt Herrmann dar. „Die Gesundheit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hat höchste Priorität. Unsere Devise heißt deshalb: Wir müssen die schützen, die uns schützen!“

ausgesetzt. Hier ist das Mindeste, was wir vom Dienstherrn verlangen, ein angemessener Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen. Dazu gehört auch eine intensivere finanzielle Unterstützung, sollte jemand tatsächlich im Dienst Opfer von tätlichen Angriffen werden. Hier hat der Freistaat



Die JUNGE GRUPPE der GdP startet die Kampagne „AUCH MENSCH“, die sich gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung, die auch nicht vor der Polizei halt macht, richtet. Die JUNGE GRUPPE möchte mit der Kampagne 'AUCH MENSCH' zeigen, dass sie die Sorgen der jungen Mitglieder aufgreift und sich für ihre Bedürfnisse einsetzt und versucht, diese authentisch in das öffentliche Bewusstsein zu tragen.

Bayern in den Augen der GdP noch deutlich Luft nach oben.“ Die GdP Bayern wird diese Entwicklung genau beobachten und hofft auf eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Bayer. Innenministerium zum Wohle der Polizeibeamten.“ (PM der GdP Bayern vom 1.6.2011)